

Einleitung

Liebe Schwestern und Brüder,

„Christus ist unser Friede“ Schon in Studententagen haben mich diese Worte aus dem Epheserbrief begleitet. Als ich 1981 im 1. Semester in Erlangen mein Theologiestudium begann, stand ich jeden Freitag um 18 Uhr mit vielen anderen zusammen auf den Erlanger Hugenottenplatz eine Stunde lang in einem Schweigekreis. Bei diesem „Schweigen für den Frieden“ hatten wir alle Plakate umgehängt, auf denen jeweils ein Satz stand. Auf meinem Plakat stand der Vers aus dem Epheserbrief: „Christus ist unser Friede“.

Es passt, wenn dieser Satz aus der Bibel bei einer Friedensdemonstration zur Sprache kommt. Wenn wir uns bei dieser Synodentagung dem Thema „Frieden“ widmen, wird es wichtig sein, dass wir diesen starken Satz in seinen **beiden** Teilen würdigen. **Christus** ist unser Friede. Die Quelle, von der her wir hier auf einer evangelischen Landessynode über das Friedensthema reden, muss deutlich werden. Es muss deutlich werden, dass alles Reden über Frieden für uns als Kirche gründet im Gebet, im Hören auf die Worte der Bibel und in der Gemeinschaft mit dem dreieinigen Gott, auf dessen Namen wir getauft sind und dessen Gegenwart wir im Gottesdienst feiern, in der Gemeinschaft mit unserem Herrn Jesus Christus, der uns beim Teilen von Brot und Wein selbst begegnet. Es muss deutlich werden, dass wir hier auf einer evangelischen Landessynode über das Thema reden, weil wir nach einer Antwort auf die Frage suchen, die Dietrich Bonhoeffer sich immer wieder von Neuem gestellt hat: „Wer ist Christus für uns heute?“

Dass Bonhoeffer selbst die Antwort darauf eng mit dem Friedensthema verbunden hat, kommt in einem bemerkenswerten Satz zum Ausdruck, den er in einem Brief von 1935 an den Bruder Karl-Friedrich geschrieben hat: „Es gibt doch nun einmal Dinge, für die es sich lohnt, kompromisslos einzutreten. Und mir scheint, der Friede und die soziale Gerechtigkeit, oder eigentlich Christus sei so etwas.“ „Oder eigentlich Christus...“ - eine stärkere Verknüpfung des Friedensthemas mit Christus als dem Eckstein der christlichen Existenz ist kaum vorstellbar.

Deswegen ist auch der zweite Teil des Satzes so wichtig: Christus ist unser **Friede**. An der entsprechenden Stelle im Epheserbrief geht es um die Überwindung der Trennung zwischen Judenchristen und Heidenchristen. Aber dass der innere Friede, der sich durch die Christusbeziehung in unseren Herzen ausbreitet, auch klare äußere Konsequenzen für das Leben mit unseren Mitmenschen hat, das gilt weit über diese spezifische Konfliktlage hinaus. Eine Spiritualisierung des Friedensbegriffes ist mit der Theologie des Paulus jedenfalls nicht vereinbar. In der berühmten Passage über die Versöhnung aus dem 2. Korintherbrief sagt es Paulus glasklar: Gott hat in Christus die Welt mit sich versöhnt – griechisch: „ton kosmon“. Und wir sollen Botschafter der Versöhnung sein an Christi statt. Der innere Friede hat immer auch Konsequenzen für das Handeln in der Welt, im „Kosmos“. Der Theologe Karl Barth, an den wir in diesem „Karl-Barth-Jahr“ besonders denken, hat einmal im Rückblick auf seine theologische Entwicklung hin zur Konzentration auf Christus gesagt: „Nie zuvor meine ich so fröhlich in der wirklichen Welt gelebt zu haben wie gerade in der Zeit, die für meine Theologie jene vielen so mönchisch

erscheinende Konzentration mit sich brachte.“ Durch diese christologische Konzentration - sagt Barth - sei er „*zugleich* sehr viel kirchlicher *und* sehr viel weltlicher geworden“.¹ Das spricht mir aus dem Herzen!

Der Bezug auf das Mönchische mag uns als Hinweis auf die Quellen dienen, aus denen wir auch dann schöpfen, wenn wir uns mit aller Leidenschaft der Welt zuwenden. Es ist ja kein Zufall, dass gerade Menschen, die in Klöstern und Kommunitäten zu Hause sind, jenseits aller Konfessionsgrenzen einen sehr genauen Blick für den Unfrieden in der Welt haben und nach Möglichkeiten seiner Überwindung suchen. Der Dienst, den Kommunitäten wie die Christusbruderschaft in Selbitz oder die Kommunität Casteller Ring auf dem Schwanberg für unsere Kirche tun, ist nicht zuletzt deswegen so wichtig, weil sie uns besondere Orte schenken, an denen Menschen Kraft sammeln können, um inneren Frieden zu gewinnen und sich aus diesem inneren Frieden heraus dann auch der Welt zuwenden zu können.

Und ich bin dankbar dafür, dass wir offene Kirchen haben, die vielen Menschen, gerade in den Städten, einen Ort der Stille und des Friedens bieten.

Die unmittelbare Christusbeziehung im Gebet war für Dietrich Bonhoeffer zentral. Deswegen ist es umso bemerkenswerter, dass gerade er immer mit Nachdruck dazu aufgerufen hat, sich ganz auf die Weltwirklichkeit einzulassen. Es ist – so schreibt er – „eine Verleugnung der Offenbarung Gottes in Jesus Christus, ‚christlich‘ sein zu wollen, ohne ‚weltlich‘ zu sein oder weltlich sein zu wollen, ohne die Welt in Christus zu sehen und zu erkennen. Es gibt daher nicht zwei Räume, sondern nur den einen Raum der Christuswirklichkeit, in dem Gottes- und Weltwirklichkeit miteinander vereinigt sind.“

Den Frieden zu bezeugen, und zwar in seiner inneren und äußeren, in seiner geistlichen und weltlichen Dimension, darum soll es in diesen Tagen gehen.

Erfahrungen des Unfriedens gibt es leider genug. Ich nenne nur einige.

Erfahrungen des Unfriedens

Ich beginne mit einer Erfahrung von Gewalt, die gerade dann am unerträglichsten ist, wenn sie in der Kirche passiert. Das Thema sexualisierte Gewalt hat uns bei der letzten Synodentagung der EKD und dann auch dieser Landessynode ausführlich beschäftigt. Im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit der letzten Monate standen die Aufarbeitungsbemühungen der katholischen Kirche, insbesondere bei dem großen Gipfel in Rom. Die strafrechtlichen Verurteilungen höchster Würdenträger haben viele Christen, gleich welcher Konfession, erschreckt. Und sie haben das Vertrauen in die Kirchen ganz allgemein in Frage gestellt. Die sich daraus ergebenden Aufgaben mögen bei den verschiedenen Konfessionen unterschiedlich sein. Für mich ist aber klar, dass wir alle zuallererst vor unserer eigenen Tür kehren und das eigene Haus aufräumen müssen. Auch für uns als evangelische Kirche gilt: Jeder Missbrauch in unserem Einflussbereich schlägt dem ins Gesicht, wofür wir als Kirche stehen: Die Botschaft von Gottes Liebe für alle Menschen als seine kostbaren Geschöpfe. Der Beschädigung dieser Botschaft durch jeden einzelnen Fall sexualisierter Gewalt im kirchlichen Umfeld können wir nur so begegnen, dass wir konsequent aufklären, den Opfern beistehen und die Vergangenheit so aufarbeiten, dass wir die bestmöglichen Schlüsse für die Prävention und Intervention in der Zukunft ziehen können.

Auf EKD-Ebene hat der Beauftragten-Rat zum Schutz vor sexualisierter Gewalt seine Arbeit aufgenommen. Der Beauftragtenrat, dem auch der Leiter unseres Landeskirchenamtes, Dr. Nikolaus Blum, angehört, hat sich mit Opfern sexualisierter Gewalt getroffen. Im Dezember habe ich den Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (USBKM), Johannes-Wilhelm Röhrig, zu einem Gespräch in den Rat der EKD eingeladen. Daraus ist eine Zusammenarbeit erwachsen, die zu einer gemeinsamen Erarbeitung von Maßstäben für angemessene und gelungene Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt in der Vergangenheit führen soll. Daraus können sich auch weitere verbindliche Vereinbarungen mit dem USBKM ergeben. Wir wollen bei der Aufarbeitung der Sorgfalt gegenüber der Schnelligkeit Vorrang geben. Die bayerische Landeskirche hat allerdings einen konkreten Fall sexualisierter Gewalt aus den 90er Jahren, bei dem wir als Kirche definitiv Fehler gemacht haben, an einen unabhängigen Experten gegeben, um von außen eine unabhängige Beurteilung zu erhalten, was richtig und was falsch gelaufen ist. Selbstverständlich haben wir volle Akteneinsicht gewährt und ihm alle verfügbaren Unterlagen zu dem Fall übergeben.

Wir wollen eine bestmögliche Aufklärung, um für die Zukunft daraus lernen zu können und vor allem den Opfern sexualisierter Gewalt so weit wie möglich gerecht zu werden. Unabhängig von Einzelfällen unterstützen wir die Umsetzung des 11-Punkte-Plans der EKD und leisten aus Bayern unseren Beitrag, damit die dort vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt werden können. Wir gehen davon aus, dass im Sommer konkrete Ergebnisse vorliegen.

Im Hinblick auf gegenwärtige Erfahrungen des Unfriedens habe ich bewusst mit einem Thema begonnen, bei dem wir als Kirchen zuallererst selbst Verantwortung tragen. Aber natürlich sind wir auch im Raum der nationalen Politik und der Weltpolitik mit Entwicklungen konfrontiert, die den Frieden gefährden. Die Kündigung des INF-Vertrages durch die Vereinigten Staaten und die vorausgegangene Aushöhlung und Verletzung dieses Vertrages durch Russland gibt Anlass zu großer Sorge und weckt bei den Älteren unter uns Anklänge an die 80er Jahre, in denen Hunderttausende auf die Straße gingen, um gegen die atomaren Mittelstreckenraketen zu demonstrieren, die dann später durch diesen Vertrag verbannt wurden. Noch immer gibt es weltweit fast 15 000 Atomsprengköpfe, von denen einige auch in Deutschland lagern. Viele dieser Sprengköpfe werden gegenwärtig mit einem Milliardenaufwand modernisiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass es nun zu einem neuen atomaren Wettrüsten kommt. Als Kirchen sagen wir dazu ein klares Nein!

Wir werden gleichzeitig Zeugen einer technologischen Entwicklung im digitalen Zeitalter hin zu autonomen Waffensystemen, die Tötungsentscheidungen mithilfe künstlicher Intelligenz selbständig treffen sollen. Bisher ist es nicht gelungen, solche Waffensysteme durch einen Konsens der Vereinten Nationen völkerrechtlich zu verbieten. IT-Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich künstliche Intelligenz haben in einem Schreiben an die UN ein solches Verbot gefordert. Auch Nichtregierungsorganisationen haben sich in einer aktuellen internationalen Kampagne für das Verbot von Killerrobotern ausgesprochen. Inzwischen fordern 26 Staaten ein solches Verbot. Als Kirchen sollten wir dieses Anliegen weltweit mit allem Nachdruck unterstützen! Und ich hoffe, dass auch die Bundesregierung sich entschließen kann, über ihre unverbindliche Warnung vor solchen Waffen hinaus ein solches völkerrechtliches Verbot zu unterstützen.

Vor gut einer Woche haben wir mit Entsetzen erlebt, wie ein rechtsradikaler Terrorist in Christchurch/Neuseeland 50 Menschen brutal erschossen hat, die sich in einer Moschee zum friedlichen Gebet versammelt hatten, und das auch noch per Livestream über Internet in alle Welt übertragen hat. Dieses grausame Verbrechen hat den menschenverachtenden Charakter von rassistischen Ideologien in trauriger Weise deutlich gemacht, die sich in diesem Fall in besonderer Weise mit Islamophobie verbunden haben. Diese Ideologien breiten sich, genährt durch radikalisierte Teile rechtspopulistischer Bewegungen, die es an Abgrenzung gegenüber dem Rechtsradikalismus vermissen lassen und menschenfeindliche Gefühle unter den Menschen schüren, weltweit aus. Sie nutzen dabei in hochprofessioneller Weise die sozialen Netzwerke, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Auf solche Hetze folgen leider Taten, genauer gesagt: Straftaten. 2000 Straftaten gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte gab es alleine in Deutschland im vergangenen Jahr. Solche Zahlen sind unerträglich.

Sprachlos macht mich auch, dass das zynische Propaganda-Kalkül des Christchurch-Täters so aufgehen konnte. Das Video des Attentats konnte sich trotz aller Bemühungen bis heute weltweit massiv verbreiten. Man kann jetzt natürlich sagen: So ist das Internet halt. Aber mit jeder Kopie, mit jedem Teilen und Anklicken sterben die Opfer einen weiteren Tod. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Genau so wenig, wie es akzeptabel ist, dass es im Netz eine rechtsextremistische Subkultur gibt, die offensichtlich global vernetzt ist. Das alles zeigt, wie unzureichend die Kontrolle krimineller Inhalte im Internet gegenwärtig noch ist. Dass Neuseeland nun alle strafrechtlich verfolgt, die dieses Video weiterverbreiten, begrüße ich ausdrücklich. So falsch eine pauschale Verdammung der heutigen digitalen Kommunikationswelten wäre, so unbestreitbar ist es, dass das Internet eine der wichtigsten Quellen von Unfrieden ist, die unserer Aufmerksamkeit bedarf, wenn wir darüber nachdenken, was „Christus ist unser Friede“ heute heißt.

So traurig die Ereignisse in Neuseeland waren, die Menschen haben als Antwort darauf klare Zeichen gesetzt. Die Premierministerin hat ein Zeichen gesetzt, indem sie direkt nach den Morden, ein Kopftuch tragend, die muslimischen Gemeinschaften besucht hat. Sie hat damit etwas zum Ausdruck gebracht, was viele Menschen auf der ganzen Welt in Friedensgebeten und Solidaritätsdemonstrationen aufgenommen haben und was ich hier ausdrücklich unterstreiche: Wir stehen an der Seite von Musliminnen und Muslime, die Opfer von Hass und Vorurteilen sind und wir werden gemeinsam mit ihnen und mit allen Menschen guten Willens für eine Gesellschaft eintreten, in der die Menschenwürde im Zentrum steht und in der alle ihre Religion frei und ohne Angst leben können.

„Christus ist unser Friede!“ – wie wird dieser Satz in seiner Glaubensdimension für uns erfahrbar?

Die Glaubensdimension von Frieden

Meine Antwort ist: Indem wir ihn in die große Hoffnungsgeschichte einordnen, die uns die Bibel erzählt. Die größte Quelle von Unfrieden ist nämlich die Hoffnungslosigkeit. Wer nichts mehr von Gott und der Welt erwartet, wird bitter, wird zynisch, wird aggressiv gegen sich selbst oder auch aggressiv gegen andere. Wem die Welt egal geworden ist, der scheut auch nicht davor zurück, verbrannte Erde zu

hinterlassen. Wer das Leben hasst, verliert die Scheu davor, es zu vernichten, sein eigenes und das anderer. Deswegen ist es gegenwärtig für uns als Christen die größte Aufgabe, an allen Orten Hoffnungssamen zu säen und darauf zu vertrauen, dass sie mit Gottes Hilfe und unserem Zutun wachsen. Was könnte eine kraftvollere Quelle dafür sein als die Botschaft der Auferstehung, die wir jetzt bald wieder an Ostern feiern dürfen? Der Friede Gottes, der höher ist als alle unsere Vernunft, ist stärker als alle Erfahrungen von Unfrieden, die uns niederdrücken wollen. Wir gehen nicht auf ein dunkles Loch zu, sondern auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, in der alle Tränen abgewischt sind. Deswegen können wir im Hier und Jetzt ganz aus Glaube, Liebe und Hoffnung leben. An Ostern werden wir wieder rufen dürfen: Christus ist auferstanden! Mehr Hoffnung geht nicht!

Und gerade jetzt erlebe ich diese Hoffnung trotz allen öffentlichen Gegenwindes in unserer Kirche. Die Synodalpräsidentin hat unter dem Stichwort „Was wäre, wenn?“ von unserem Zukunftsprozess „Profil und Konzentration“ (PuK) gesprochen. Vermutlich hat noch nie ein Zukunftsprozess so intensiv die Stimmen und Erfahrungen vor Ort aufgenommen wie dieser. Und wenn wir bei dieser Synodentagung den Gesamtbericht diskutieren, dann besprechen wir nicht die Gedanken irgendeiner Arbeitsgruppe. Sondern wir diskutieren das, was nach 170 Veranstaltungen mit Tausenden von Teilnehmern in den unterschiedlichen Regionen, den Einrichtungen unserer Landeskirche und den verschiedenen Hochschulen unter Aufnahme der dort geäußerten Gedanken erarbeitet wurde.

Es wird in unserer Kirche wieder leidenschaftlich diskutiert über unseren Auftrag als Christen in dieser Welt. Und genau diese Leidenschaft brauchen wir, darin steckt Energie und das hat uns als Kirche bereits verändert. Im vergangenen Oktober haben sich 25 junge Menschen aus eigener Initiative zu PuK-Jugendbotschafterinnen und Jugendbotschaftern ausgebildet. Sie haben sich von dieser Leidenschaft anstecken lassen und tragen sie weiter, als Impulsgeber und Moderatorinnen für Gemeinden und Dekanate. Da ist ein Funke übergesprungen, und mich freut es, dass auch junge Menschen hier die Chance sehen, Kirche mitzugestalten.

Im Dekanatsbezirk Feuchtwangen – um nur noch ein Beispiel zu nennen - wurde ein neues regionales Gottesdienstkonzept erarbeitet, mit dem einerseits Präsenz am Ort sichergestellt wird, andererseits aber durch Kooperation Kräfte gebündelt werden und dadurch Entlastung geschieht. Was ist unser Auftrag, was sind unsere Gaben, wie können wir MITEINANDER das Evangelium leben? Wenn uns solche Fragen bewegen, dann sind wir bei unserer Sache und dann strahlen wir Zuversicht aus.

PuK wird im Kontext der Reformprozesse, die in der ganzen EKD laufen, übrigens in besonderer Weise wahrgenommen. Das hat jüngst der Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Prof. Gerhard Wegner, zum Ausdruck gebracht, der in seinem neuen Buch „Wirksame Kirche“ verschiedene Reformprozesse von evangelischen Landeskirchen in der EKD untersucht. „Am fortgeschrittensten in der Integration der verschiedenen Reformansätze“ – so schreibt er – „und zudem als eigenständiges Konzept bestens profiliert erscheint das Programm der Ev.-Luth. Kirche in Bayern: ‚Profil und Konzentration‘“.²

Und dann werden die wesentlichen Einsichten von PuK referiert. Gerade im Hinblick auf die ja auch bei uns besonders sensible Frage nach der Rolle der Kirchengemeinden in der Zukunft kommt Wegner zu einem bemerkenswerten Urteil. Er nimmt die Beobachtung des PuK-Papiers auf, bisher fließe zu viel Energie in die Zuwendung zu den Hochverbundenen in den Kirchengemeinden und referiert das Ziel, in Zukunft nur noch 50% der Arbeitskraft von Hauptamtlichen in diese Richtung und die anderen 50 % in die Präsenz des Evangeliums in der Gesellschaft und damit in missionarische

Grundaufgaben der Kirche zu investieren, und fährt dann fort: „Klug heißt es dann (und hier wird nun ein Satz aus dem PuK-Papier zitiert) ‚Die Gemeinden selbst sind Subjekt dieser missionarischen Ausrichtung.‘ Klug deswegen,“ - sagt Wegner – „weil durch diese Formulierung der Eindruck im seinerzeitigen Papier ‚Kirche der Freiheit‘ – wo eine ähnliche Aufteilung gefordert wurde – vermieden wird, man wolle den Kirchengemeinden etwas wegnehmen.“³

Wegner hat genau verstanden, worum es PuK geht: Die Liebe Gottes allen Menschen nahebringen – und das in keiner Weise in Konkurrenz zu den Kirchengemeinden, sondern, ganz im Gegenteil in einer Vernetzung und wechselseitigen Ergänzung mit überparochialen Elementen, die hilft, diesem Ziel bestmöglich zu dienen.

Deswegen passen die Bemühungen, durch unsere Verwaltungsreform, aber auch durch das Pfarramtsassistenprogramm die Gemeindepfarrer/innen von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und dadurch mehr Zeit für Seelsorge frei zu räumen, genau zu diesen PuK-Impulsen. Überhaupt stimmt es mich in diesem Sinne hoffnungsvoll, dass nun auch der Prozess zum Miteinander der Berufsgruppen ein konkretes Ergebnis gebracht hat. Nur von diesem Miteinander her werden die besonderen Gaben Einzelner und die professionellen Stärken unserer Berufsgruppen kraftvoll lebendig und damit für die Menschen noch greifbarer. Ich bin sehr gespannt auf die Diskussionen zu beiden Prozessen, die wir auf dieser Tagung führen werden.

Der Prozess zum Thema Versorgung beschäftigt unsere Kirche seit vielen Jahren. Bei dieser Synodaltagung sollte der Arbeitsausschuss Versorgung, wie von der Landessynode bei ihrer Tagung im vergangenen Frühjahr erbeten, sein Eckpunktepapier vorlegen, das die Grundlage für gesetzliche Regelungen bilden sollte, die dann bei der Herbstsynode im Jahr 2019 beschlossen werden sollten.

Landessynodalausschuss und Landeskirchenrat sehen in den durch die 4 Eckpunkte formulierten Ergebnissen des Arbeitsausschusses Versorgung eine hervorragende Grundlage für den Umgang mit den sich stellenden langfristigen Fragen. Beide Perspektiven, die langfristige finanzielle Verantwortung und das wertschätzende personalpolitische Handeln, werden in diesem Papier deutlich miteinander verbunden. Dafür ist dem Arbeitsausschuss unter Federführung von Oberkirchenrat Stefan Reimers, der die ihm zugewachsene Aufgabe beherzt und besonnen angepackt hat, nur von Herzen zu danken, und es ist gar nicht hoch genug zu bewerten, wie viele Beteiligte, auch innerhalb der Berufsgruppen, hier zu Kompromissen fähig und bereit waren.

Solche Schritte brauchen eine breite Kommunikation mit den betroffenen Mitarbeitenden und die Einbettung in die Gesamtheit unserer Prozesse, mit denen wir unsere Kirche zukunftsfähig entwickeln möchten. Das ist uns noch nicht genug gelungen.

Wir möchten aber nicht, dass PuK und „Miteinander der Berufsgruppen“ und so viele andere Aufbrüche durch das Versorgungsthema in ihrer Kraftentfaltung und Motivation ausgebremst werden.

Der Landessynodalausschuss hat deswegen den Landeskirchenrat gebeten, das Eckpunktepapier auf dieser Synodaltagung nicht behandeln und beschließen zu lassen. Dieser Bitte entspricht der Landeskirchenrat.

Gleichzeitig halten wir sehr klar daran fest, dass die Versorgung weiterhin ein wichtiges Thema für die finanzielle Gestaltung der Zukunft unserer Landeskirche darstellt, und dass dafür die vorliegenden Eckpunkte inhaltlich den richtigen Weg aufzeigt. Trotzdem scheint es uns richtig zu sein, auf der hiesigen Frühjahrstagung alle Kraft in die inhaltlichen Prozesse zu stecken. Es muss dann eine Aufgabe der neuen Synodalperiode ab 2020 sein, darüber zu entscheiden, wie Zukunftsentwicklung inhaltlich und finanziell noch einmal deutlicher verknüpft werden können.

Bis dahin können der bisherige Prozess und die Reaktionen darauf auch noch einmal kritisch reflektiert werden. Wir müssen genauer hinschauen, wie es mit der Wertschätzung der jeweiligen Arbeit in unserer Kirche bestellt ist und wie sich diese Wertschätzung zu materiellen Fragen verhält. Beides ist wichtig. Beides ist auch miteinander verbunden. Aber es muss auch voneinander unterschieden bleiben.

Oberkirchenrat Reimers wird dazu am Beginn der neuen Synodalperiode konkrete Vorschläge vorlegen.

Diese Haltung macht deutlich: Wir bleiben auch an herausfordernden, manchmal unangenehmen Themen dran, aber wir sehen auch, dass im Moment nicht der geeignete Zeitpunkt für konkrete Entscheidungen ist, aus vielerlei Gründen, vor allem aber, um nun alle Kraft für unsere Aufbrüche einzusetzen.

Ich hoffe, dass uns bei all den auf dieser Synodentagung zu diskutierenden Zukunftsfragen der starke Satz aus dem Epheserbrief leitet und wir ihn selbst ausstrahlen: „Christus ist unser Friede.“

Ich hoffe, dass uns bei all den auf dieser Synodentagung zu diskutierenden Zukunftsfragen der starke Satz aus dem Epheserbrief leitet und wir ihn selbst ausstrahlen: „Christus ist unser Friede.“

Wenn es stimmt, dass mit der **Glaubensdimension** dieses Satzes immer zugleich ein sozialetischer Impuls für die **Welt** verbunden ist, dann muss es jetzt auch um die sozialetische Dimension des Friedensbegriffes gehen.

Friedensethische Überlegungen

Neue Herausforderungen für die Friedensethik

Es gibt wenige Felder der gesellschaftlichen Diskussion, in denen sich gerade Stimmen aus dem Raum der Kirchen in so leidenschaftlicher Weise eingeschaltet haben wie beim Friedensthema. Die großen Friedensdemonstrationen der 80er Jahre, bei denen bis zu einer Million Menschen auf die Straße gingen, waren stark geprägt von Menschen mit kirchlichem Hintergrund. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hielt ihnen entgegen, mit der Bergpredigt könne man nicht regieren. Jahre später entgegnete ihm sein Parteifreund, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, Präsident des 31. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Köln 2007, ohne die Bergpredigt könne er gar nicht regieren.

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit dem Fall der Mauer vor 30 Jahren haben sich die friedensethischen Diskussionen verändert. Bei den Golfkriegen und dem Balkan-Krieg rückten neue moralische Fragestellungen in den Blick. Dem Völkermord in Ruanda 1994, bei dem in 100 Tagen fast eine Million Menschen mit

Macheten ermordet wurden, und dem Massaker von Srebrenica 1995, dem 8000 bosnische Jungen und Männer zum Opfer fielen, schauten die anwesenden UNO-Blauhelm-Soldaten im Wesentlichen tatenlos zu, weil sie keine Erlaubnis hatten, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Diese Erfahrungen trugen entscheidend dazu bei, dass eine neue rot-grüne Bundesregierung 2001 einem Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan zustimmte, der noch wenige Jahre vorher undenkbar gewesen wäre.

An die Stelle der zunächst in den Hintergrund tretenden Diskussionen um die atomare Abschreckung traten nun Diskussionen um den Umgang mit „privatisierter Gewalt“, wie sie uns in zunehmender Zahl und zunehmender Brutalität in den Terroranschlägen islamistischer Fundamentalisten entgegentrat. Der 11. September wurde zum Symbol dafür. Die unvorstellbaren Grausamkeiten des sogenannten „Islamischen Staates“ unterstrichen die veränderte Diskussionslage in der Friedensethik. Während früher v.a. die Kritik an militärischer Gewaltanwendung die gesetzte Grundlinie kirchlicher Friedensethik war, liegt heute umgekehrt auch die Frage auf dem Tisch, ob es moralisch verantwortbar ist, Menschen, die von Völkermord oder allgemein Formen brutalster Gewalt bedroht sind, nicht notfalls auch durch militärische Mittel wirksam zu schützen.

Nach meinem Besuch im Nordirak 2014 habe ich eine militärische Schutzzone der UNO in der Ninive-Ebene gefordert, um die Massaker des IS zu stoppen. Da keinerlei Anzeichen für die Realisierung einer solchen Schutzzone sichtbar wurden, konnte ich mich bei der aufkommenden Diskussion um deutsche Waffenlieferungen an die Peschmerga nicht entschließen, diese Waffenlieferungen zu kritisieren, weil ich keine gewaltfreien Möglichkeiten sah, die bedrohten Menschen wirksam vor den IS-Mördern zu schützen. Gleichzeitig war ich mir sehr bewusst darüber, wie häufig die Möglichkeiten, mit militärischer Gewalt Frieden zu ermöglichen, überschätzt werden.

Jenseits solcher Dilemmasituationen ist klar, dass die Prävention immer der bessere Weg ist, dass also die erste Aufgabe immer sein muss, frühzeitig mit Konflikten so umzugehen, dass Situationen gar nicht entstehen, in denen man nur noch zwischen zwei Übeln wählen kann. Es war deswegen richtig, dass die Kirchen weltweit an die Stelle der klassischen „Lehre vom gerechten Krieg“ eine neue „Lehre vom gerechten Frieden“ gesetzt haben. Wir haben inzwischen gelernt: Krieg kann nie gerecht sein. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer eine Niederlage. Gleichzeitig steckt in der Lehre vom gerechten Krieg ein ethischer Erfahrungsschatz, der es verdient, auch in die Weiterentwicklung einer Lehre vom gerechten Frieden integriert zu werden. Entgegen manchem Vorurteil ist die Lehre vom gerechten Krieg ja nicht entwickelt worden, um Kriege zu rechtfertigen, sondern um die Fälle einzugrenzen, in denen sich kriegführende Herrscher auf legitime Gründe berufen konnten. Ich selbst habe die Kriterien des gerechten Krieges jeweils in Aufsätzen auf den ersten Golfkrieg 1990, auf den Balkan-Krieg und auf den Afghanistan-Krieg angewandt und bin in allen Fällen zu meinem eigenen Erstaunen zu dem Ergebnis gekommen, dass der Einsatz militärischer Gewalt in diesen Kriegen den Kriterien nicht standhält.⁴

Als Beispiel für die gewaltbegrenzende Wirkung der darin entwickelten fünf Kriterien nenne ich das letzte: *Debitus Modus* („die geschuldete Art und Weise“). Der Krieg muss nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit geführt werden. Das zu erreichende Gute muss das Schlimme, das zur Herbeiführung des Guten eingesetzt werden muss, klar überwiegen. Wenn die Leiden und Verwüstungen, die der Krieg hervorruft, durch das angestrebte Ziel nicht mehr gerechtfertigt werden können, wird ein ansonsten gerechter Krieg zu einem ungerechten Krieg.

Martin Luther hat die Verpflichtung zum Rechtsverzicht eingeschärft, wo der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht mehr erfüllt ist: „So muß auch ein Fürst die Bösen so strafen, daß er nicht

einen Löffel aufhebe und eine Schüssel zertrete und um eines Schädels willen Land und Leute in Not bringe und das Land voll Witwen und Waisen mache...Darum sei das seine Regel: Wo er Unrecht nicht ohne größeres Unrecht strafen kann, da lasse er sein Recht fahren, es sei wie billig es wolle. Denn seinen Schaden soll er nicht achten, sondern der anderen Unrecht, das sie über seinem Strafen leiden müssen. Denn was haben so viele Weiber und Kinder verdient, daß sie Witwen und Waisen werden, damit du dich an einem unnützen Maul oder an einer bösen Hand rächst, die dir Leid angetan hat?“⁵

Die Kirche – so sagt Martin Luther – hat unablässig „vom Kriege zum Frieden zu raten.“⁶

Und wenn ein Krieg nicht gerecht ist, dann muss ein Christ eine Beteiligung daran verweigern: „Was wäre, wenn mein Herr unberechtigt Krieg führte? Die Antwort: Wenn du sicher bist, dass er unrecht hat, so sollst du Gott mehr fürchten und gehorchen als den Menschen, Apostelgeschichte 5, 29, und sollst nicht mitkämpfen noch dienen, denn du kannst ja kein gutes Gewissen vor Gott haben.“⁷

Wie hat die kirchliche Urteilsbildung auf die neuen Herausforderungen beim Thema Frieden reagiert?

Friedensethische Urteilsbildung in den Kirchen

Es ist bemerkenswert, dass auch der Weltkirchenrat, in dem traditionell pazifistische Positionen ein großes Gewicht haben, die Situationen zunehmend in den Blick genommen hat, in denen zum Schutz von bedrohter Menschen auch militärische Mittel legitim oder gar moralisch gefordert sein können. In der Erklärung zur „Schutzpflicht für gefährdete Bevölkerungsgruppen“ der ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre 2006 wird die Möglichkeit humanitärer Interventionen ausdrücklich für ethisch legitim erklärt.

„Wenn die Pflicht zum Schutz der Bevölkerung „gravierend verletzt wird, sei es durch Untätigkeit, fehlende Kapazitäten oder direkte Übergriffe auf die Bevölkerung, hat die internationale Gemeinschaft die Pflicht, Völkern und Staaten zu Hilfe zu kommen und in Extremfällen im Interesse und zur Sicherheit der Bevölkerung jenseits der Souveränität in die inneren Angelegenheiten des Staates einzugreifen...“⁸

Wer weiß, wie sehr der Weltkirchenrat anti-militaristischen Traditionen verpflichtet ist, versteht, wie bemerkenswert diese Aussagen sind. Als Legitimierung militärischer Herangehensweisen können diese Worte jedenfalls sicher nicht dienen.

Ähnliches wird man auch für die EKD-Denkschrift sagen können.⁹ Sie plädiert für einen gerechten Frieden, der auch zwischen Staaten durch die Herrschaft des Rechts geprägt ist. Die Kriterien rechtserhaltender Gewalt, die sie nennt, entsprechen genau den klassischen Kriterien des gerechten Krieges (102): Erlaubnisgrund, Autorisierung, Richtige Absicht, Äußerstes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Folgen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Unterscheidungsprinzip (d.h., an der Ausübung primärer Gewalt nicht direkt beteiligte Personen und Einrichtungen sind zu schonen). Sie sind aber eingeordnet in eine Perspektive, für die die Überwindung von Gewalt den absoluten Vorrang hat.

Wie kann nun aber der Weg zu einem gerechten Frieden aussehen? Fünf Punkte will ich nennen, die als Wegweiser wichtig sind.

Auf dem Weg zum gerechten Frieden

Erstens: Prävention muss immer den Vorrang haben. Alles, was das Entstehen von Situationen, in denen militärische Gewalt überhaupt zur Diskussion steht, von

vornherein zu vermeiden mag, muss gestärkt werden. Dazu gehört die Früherkennung von Konflikten genauso wie die Unterstützung diplomatischer Aktivitäten und v.a. die konsequente Förderung gewaltfreier Konfliktlösungskultur, etwa durch zivile Friedensdienste. Dazu gehört aber auch eine stärkere Wahrnehmung der Erinnerungsarbeit als wesentliches Element der Prävention. Frieden kann nur wachsen, wenn Gegner lernen, die kollektive Biographie der jeweiligen Gegenseite in den Blick zu nehmen. Und wenn sie verstehen, wie deren Verhalten, vielleicht auch aggressives Verhalten, mit dieser kollektiven Biographie zu tun hat. An Deutschlands Verhältnis zu Russland und Polen lässt sich das ebenso zeigen wie am Konflikt im Nahen Osten oder an den Konsequenzen der Kolonialgeschichte Afrikas.

Zweitens: Wir brauchen eine Weiterentwicklung der UNO-Mechanismen zum Schutz vor Völkermord und brutaler Gewalt. Es hat sich gezeigt, dass durch das Vetorecht der Großmächte im UN-Sicherheitsrat die völkerrechtlichen Mechanismen fehlen, um der menschlichen Schutzpflicht, im äußersten Fall auch mithilfe rechtserhaltender Gewalt, gerecht zu werden.

Drittens: Der Umgang mit Geld muss den friedensethischen Einsichten angepasst werden. Mit Vernunft hat er jedenfalls gegenwärtig wenig zu tun. Die weltweiten Militärausgaben haben im Jahr 2017 die irrsinnige Höhe von rund 1,74 Billionen US-Dollar erreicht. Die USA kommen auf rund 610 Mrd. US-Dollar - ein einziger Stealth-Bomber kostet 2,1 Mrd. Dollar. China kommt auf 228 Mrd., Russland auf 66,3 Mrd. und Deutschland auf 44,3 Mrd. Angesichts dieser Zahlen ist es für mich nicht nachvollziehbar, wenn jetzt der Verteidigungsetat in Deutschland ausgeweitet werden, während der Entwicklungsetat gekürzt werden soll. Ich bin mir sehr wohl der Ausrüstungsprobleme der Bundeswehr und der diplomatischen Herausforderungen auf dem Wege zu einer eigenständigen, an besonnenem Umgang mit internationalen Konflikte orientierten europäischen Sicherheitspolitik bewusst. Aber angesichts der absurden Höhe der weltweiten Ausgaben für Rüstungsetats und der gleichzeitigen Tatsache, dass 20 000 Menschen jeden Tag sterben, weil sie nicht genug Nahrung oder Medizin haben, sage ich in aller Deutlichkeit: Wir brauchen nicht mehr Geld für Waffen, sondern endlich einen großen Wurf zur Finanzierung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung!

Und ich füge hinzu: Dass Deutschland noch immer weltweit viertgrößter Waffenexporteur ist, ist keine Erfolgsmeldung, sondern ein moralisches Armutszeugnis. Arbeitsplätze können auch in Bereichen geschaffen werden, die die Welt friedlich weiterentwickeln. Deswegen unterstützen wir als Kirche ausdrücklich den Stopp der Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien. Und wir hoffen, dass es bei diesem Stopp bleibt.

Viertens: Eine zentrale friedensethische Aufgabe der Kirchen liegt in ihrem weltweiten Engagement in der Zivilgesellschaft. Die nötigen Prozesse des Umdenkens und die Entwicklung geeigneter institutioneller Instrumente zur Minimierung von Gewalt sind angewiesen auf Akteure, die nationale Grenzen überschreiten. Die Kirche ist ein weltweites Netzwerk mit universalem Horizont und lokaler Verwurzelung. Sie ist die geborene öffentliche Anwältin für ein internationales Recht, das den Frieden zu fördern vermag, denn sie lebt in ihren unterschiedlichen nationalen Ausprägungen gemeinsam aus der Kraft Christi, von dem der Epheserbrief sagt: „Er ist unser Friede“ (Eph 2,14).

Fünftens: Eine ureigene Aufgabe der Kirchen ist das Gebet für den Frieden. Die Kirchen sind der Ort, an dem Erschrecken über das Leid, das Menschen sich antun, Ratlosigkeit im Hinblick auf die Lösungswege und Hoffnung auf den Sieg des Lebens zum Ausdruck gebracht werden können. Wer Gott als Schöpfer und Erhalter der Welt bekennt, der wird auch das Gebet für den Frieden als aktive Friedensarbeit verstehen. Das Mitleben und Mitleiden mit den Opfern von Krieg und Gewalt im Gebet berührt die Tiefen der Existenz. So kann das Gebet als gelebter Widerstand gegen die Abstumpfung angesichts der Bilder von Krieg und Gewalt verstanden werden, die im Zeitalter der Massenmedien den Alltag begleiten.

Die letzten beiden Punkte möchte ich noch lebensweltlich untermauern, indem ich von meiner Reise zu unserer ältesten Partnerkirche, der lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea berichte. Für mich sind unsere Kirchenpartnerschaften ein konkreter Beitrag zum Frieden in der Einen Welt.

Frieden in der Einen Welt – Schutz des Klimas. Das Potential der Kirchenpartnerschaften

Sie alle haben noch in Erinnerung, wie wir auf unserer Synodentagung in Amberg das neue Partnerschaftsabkommen mit der lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea unterzeichnet haben. Ihr Bischof Jack Urame hat uns damals eine inspirierende Predigt gehalten. Er personifiziert unsere enge wechselseitige Bindung. Vier Jahre lang war er Pfarrer im mittelfränkischen Auhausen, seine beiden Töchter arbeiten derzeit im Tagungshaus Hohe Rhön. Für seine Kirche – das habe ich nun live erleben können - ist er ein Hoffnungsträger. Und vor neun Tagen hat er an der Universität von Madang seinen Dokortitel verliehen bekommen.

Der Besuch in Papua-Neuguinea Anfang Februar hat tiefen Eindruck bei mir hinterlassen. Auf meiner Reise haben mich der Direktor von Mission EineWelt Hanns Hoerschelmann sowie der kurz danach, nach jahrzehntelangem segensreichen Wirken, feierlich in den Ruhestand verabschiedete zuständige Referent Dr. Traugott Farnbacher begleitet. Nur zwei Aspekte dieser Erfahrung möchte ich hervorheben: der eine betrifft den Glauben, der andere seine Konsequenzen für die Ethik.

Als der Neuendettelsauer Missionar Johann Flierl 1886 in Papua-Neuguinea an Land ging, hätte er vermutlich kaum zu hoffen gewagt, dass 133 Jahre später die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea mit über einer Million Mitgliedern eine der größten evangelischen Kirchen im pazifischen Raum werden würde. Wenn die Menschen dort heute den Namen Johann Flierl hören, bekommen sie leuchtende Augen. Sie verbinden Missionare unmittelbar mit ihren Wurzeln im christlichen Glauben. „Danke, dass Ihr uns das Evangelium gebracht habt!“ Diesen Satz haben wir immer wieder gehört. Und er hat mich berührt. Mit guten Gründen haben wir uns in der Vergangenheit gründlich mit der engen Verbindung zwischen Missionsgeschichte und Kolonialgeschichte beschäftigt. Und oft genug hat diese Geschichte heute zur Folge, dass das Wort Mission belastet oder gar verpönt ist. In Papua-Neuguinea habe ich etwas völlig Anderes erlebt. „Schickt uns mehr Missionare“ – diese Bitte habe ich nicht nur aus dem Munde von Kirchenleuten gehört, sondern auch aus dem Munde des Gouverneurs der Provinz Morobe Ginson Saonu, der uns in Teilen der Reise persönlich begleitet hat.

Vielleicht hat das positive Missionsverständnis auch etwas zu tun mit der Geschichte, die sich von der Mission etwa in Afrika deutlich unterscheidet. Johann Flierl hat sich schon bald nach seiner Ankunft von den Kolonialherren distanziert. Die befreiende Botschaft des Evangeliums war nicht begleitet von politischen Loyalitäten, die statt Befreiung Herrschaft ausstrahlten. V.a. zwei Aspekte dieser Botschaft sind es, die die Menschen bis heute am christlichen Glauben faszinieren: Das eine ist die Überwindung der Angst. Zauberei und Hexenhysterie sind bis heute präsent. Dass Gott jeden Menschen zu seinem Bild geschaffen hat, dass jedem Menschen dadurch eine unverlierbare Würde zukommt und dass wir in der Beziehung zu Gott unsere Angst überwinden können – das ist in dieser Situation so etwas wie das Tor in die Freiheit.

Und – das ist das Zweite - es ist begleitet von einem humanitären Engagement, das auch dem missionarischen Handeln Glaubwürdigkeit gibt. Besonders eindrücklich haben wir das bei der medizinischen Versorgung erfahren. Der von unserem bayerischen Partnerschaftszentrum Mission EineWelt in Neuendettelsau entsandte Arzt Dr. Simon Ganal versorgt in dem hoch in den Bergen gelegenen lutherischen Krankenhaus etep 150 000 Menschen in einem Einzugsgebiet so groß wie Franken, und das in einem unzugänglichen Regenwaldgebiet. Obwohl die Bedingungen so extrem sind, sagt er: Wir sind gerne hier, weil wir so viel aus unserer Arbeit für unser Leben mitnehmen. Das ist gelebtes christliches Zeugnis, das mich zutiefst beeindruckt.

Wie sehr unsere Kirchenpartnerschaften ein konkreter Beitrag zum Frieden sind, hat sich mir im Hinblick auf die medizinische Versorgung gezeigt und auch im Hinblick auf ein Thema, das uns hierzulande politisch intensiv beschäftigt, in seinen Auswirkungen aber in Papua-Neuguinea existentiell erfahrbar ist: die weltweite Klimaerwärmung. Ihre Auswirkungen habe ich bei meinem Besuch direkt sinnlich erfahren können.

Ein alter Mann in einem Dorf am Meer, das wir besucht haben, hat uns einen Holzpfehl gezeigt, der 20 m weiter im Wasser stand und gesagt: „Dort vorne bei dem Holzpfehl war früher noch Land.“ Und er hat uns davon erzählt, dass eine der Inseln vor der Küste schon jetzt im Meer versinkt. Die Bewohner mussten umgesiedelt werden. Die Kinder aus dem Dorf gehen mir bis heute nach. Sie werden, wenn sie groß sind, vielleicht nicht mehr in ihrem Dorf wohnen können. Das ist schlimm, denn für die Papuas ist das Land Teil ihrer Identität.

In Deutschland liegt die CO₂-Emission zwischen 9 und 10 t pro Person und Jahr. In Papua-Neuguinea liegt sie pro Kopf und pro Jahr bei 0,81 t. Menschen in den Küstenregionen dort, die am wenigstens zum Klimawandel beigetragen haben, sind seine ersten Opfer. Auch deswegen ist es so wichtig, dass wir international wirksame Strategien gegen den Klimawandel entwickeln.

Es ist für mich ein großes Hoffnungszeichen, dass, ausgehend von einer hartnäckigen Jugendlichen in Schweden, inzwischen Schülerinnen und Schüler in aller Welt auf die Straße gehen, um für wirksame Maßnahmen des Klimaschutzes zu demonstrieren. Es zeigt, wie unsinnig die Pauschaldiagnosen über die „selbstzentrierte und unpolitische Jugend von heute“ sind. Die Schülerinnen und Schüler verlangen zu Recht, dass die Menschen, die jetzt in Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft Verantwortung tragen, die Weichen dafür stellen, dass heute junge Leute auch in fortgeschrittenem Alter eine lebenswerte natürliche Umwelt vorfinden.

Unser politisches Engagement ist aber nur glaubwürdig, wenn wir nicht nur andere zum Handeln auffordern, sondern selbst handeln. Deswegen bin ich so dankbar dafür, dass der Synode nun nach vielen einzelnen Bemühungen in Folge der Bad Windsheimer Klimasynodenbeschlüsse nun erstmals ein integriertes Klimaschutzkonzept vorliegt, das unserer Kirche helfen kann, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und ihre Bereitschaft dazu auch öffentlich verbindlich zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe sehr, dass die Synode diesem Konzept zustimmt.

Meine Predigten in Papua habe ich mit der Anrede „Liebe Schwestern und Brüder“ begonnen. Wenn ich das nicht nur dahingesagt habe und wir uns in der weltweiten Kirche wirklich als Gemeinschaft verstehen, dann muss das Konsequenzen haben jetzt, wo ich wieder zurück bin. Deswegen: Wenn ich mit Menschen aus Politik und Wirtschaft hier in Deutschland zusammensitze, um über die Zukunft zu reden, dann sitzen meine Schwestern und Brüder aus Papua-Neuguinea mit am Tisch.

Frieden in Europa

Man kann in diesen Tagen nicht über das Thema „Frieden“ reden, ohne auch auf das einzugehen, was wir gegenwärtig in Europa erleben. Ich habe Ihnen auf der letzten Synodentagung schon von meinem Treffen mit dem Erzbischof von Canterbury und unserem gemeinsamen Brexit-Symposium in Lambeth Palace berichtet. Inzwischen hat sich die Situation weiter zugespitzt. Und es gibt fast niemanden unter denen, die politisch verantwortlich zu handeln versuchen, der nicht hofft, dass ein ungeregelter Brexit noch zu verhindern ist.

Aber die nachvollziehbare große mediale Aufmerksamkeit für die Ereignisse rund um den Brexit darf nicht in den Hintergrund schieben, was für die weitere Zukunft Europas mindestens genauso wichtig ist. Am 23. Mai wird ein neues europäisches Parlament gewählt. Bei dieser Wahl wird sich entscheiden, ob in Europa die Kräfte die Oberhand gewinnen, die das Friedensprojekt Europa zugunsten kurzfristiger nationaler Interessen hintanstellen oder ausdrücklich ablehnen oder ob die Kräfte für die Zukunft prägend sein werden, die dieses Friedensprojekt aktiv gestalten wollen.

Wie erfolgreich dieses Friedensprojekt bis heute war, habe ich in meiner eigenen Biographie erfahren. Als 15-jähriger bin ich zum ersten Mal auf Schüleraustausch nach Frankreich gefahren. Und auch die beiden Jahre darauf habe ich jeweils zwei Wochen bei einer französischen Gastfamilie gelebt und umgekehrt ebenso lang einen französischen Gastschüler bei mir zu Hause in der Familie gehabt. Schon damals, in den 1970er Jahren, war für mich unvorstellbar, dass unsere beiden Völker sich in der Vergangenheit so viel Leid zugefügt hatten. Und es war und ist für mich ein Stück Lebensglück, dass die deutsch-französische Freundschaft zum wichtigen Teil meiner Biographie geworden ist.

Der Weg zu diesem heutigen Miteinander war kein einfacher. Vielen, die unvorstellbares Leid in den furchterlichen Kriegen erlebt haben, ist es schwergefallen, denen zu vergeben, die sie oder ihre Lieben misshandelt, vertrieben oder sogar getötet haben. Aber sehr viele Menschen haben die Kraft dazu aufgebracht. Der Weg der Versöhnung ist möglich geworden.

In einem Europa, in dem die Spaltungstendenzen sich verstärkt haben, wollen wir als Kirchen dafür einstehen, dass der Weg der Versöhnung weitergegangen wird. In

einem Europa, in dem Bewegungen sich auszubreiten drohen, die Hassbotschaften aussenden, wollen wir die Liebe starkmachen und selbst ausstrahlen. In einem Europa, in dem Arm und Reich immer mehr auseinander fallen, wollen wir für Gerechtigkeit streiten und Anwälte der Schwachen sein. In einem Europa, das von Intoleranz bedroht ist, wollen wir auf den Reichtum hinweisen, den es bedeutet, wenn Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen friedlich zusammenleben lernen.

Für mich ist es besonders ermutigend, dass sich so viele junge Leute heute für die europäische Idee engagieren. „Ein vereintes, gemeinsames Europa“ – so hat Marlene Altenmüller im neuen „zett“, der Zeitung für Evangelische Jugendarbeit in Bayern festgestellt – „das ist etwas, was wir junge Menschen als viel zu selbstverständlich betrachten. Ohne dass uns das wirklich bewusst ist, sind wir nicht nur Deutsche, Spanierinnen oder Letten, wir sind auch Europäer_innen. Das aktuelle Brexit-Debakel und lauter werdende europakritische Stimmen erinnern uns, dass der europäische Zusammenhalt nicht zweifelsohne gegeben ist. Doch wir erleben nicht nur Zweifel, sondern auch eine neuentflammte Europaeuphorie!“

Und dann hat sie Stimmen junger Menschen zu Europa eingeholt, die in zett abgedruckt sind. Johannes, 23 Jahre alt, sagt: „Europa ist für mich Toleranz und Offenheit, interkultureller Austausch sowie die Hervorhebung gemeinschaftlicher Interessen und Werte.“ Die 16-jährige Jama sagt: „Für mich bedeutet Europa Zusammengehörigkeit und gemeinsame Verantwortung. Und die 28-jährige Alexandra freut sich einfach am Reichtum Europas: „Europa bedeutet für mich die Freiheit, unglaublich viel Kultur auf engem Raum kennenlernen zu dürfen! Großstadt, Berge, Meer und Wald, mehrere Sprachen und Ländergrenzen und das innerhalb von ein paar Stunden – einfach so wertvoll!“

Ich bin davon überzeugt, dass sich die Verantwortung für das Friedensprojekt Europa gerade auch den Kirchen stellt. Und das umso mehr in einem Jahr, in dem wir uns an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren erinnern. Als Kirchen stehen wir für die Liebe Jesu Christi, die allen Menschen gilt und die alle nationalen und kulturellen Grenzen sprengt. Nie wieder dürfen wir Waffen segnen, mit denen sich ganze Völker gegenseitig umbringen. Wir sind gerufen, überall da, wo Hass geschürt wird oder Nationalismus die Herzen der Menschen vergiftet, die große Liebeserklärung Gottes, die sich in dem Menschen Jesus Christus gezeigt hat, selbst auszustrahlen. Wir sind gerufen, für Solidarität und Kooperation über nationale Grenzen hinweg einzutreten, für die Versöhnung gerade zwischen Völkern, die eine lange und traurige Geschichte von Krieg und Gewalt hinter sich haben.

Und weil für all das auch das entsprechende politische Handeln notwendig ist, deswegen ist es so wichtig, dass wir am 23. Mai zur Wahl gehen. Lassen Sie uns alle mithelfen, dass das Friedensprojekt Europa von den Bürgerinnen und Bürgern Europas am 23. Mai einen großen Energiestoß bekommt!

[Schluss: Beten, Tun des Gerechten und Warten auf Gottes Zeit](#)

Liebe Schwestern und Brüder,

„Christus ist unser Friede“ - ich habe versucht, deutlich zu machen, warum die spirituelle Basis dieses Satzes in der Christusbeziehung und seine Bewährung im persönlichen und öffentlichen Leben untrennbar zusammengehören und dies auch für unser kirchenleitendes Handeln prägend sein sollte. Dietrich Bonhoeffer hat diese Zusammengehörigkeit mit einem dreigliedrigen Wort zum Ausdruck gebracht, das heute genauso den Kern einer christlichen Existenz auf den Punkt bringt wie im Mai

1944, in dem Bonhoeffer seine Gedanken zum Taufftag von Dietrich Wilhelm Rüdiger Bethge zu Papier gebracht hat. „Beten, Tun des Gerechten und Warten auf Gottes Zeit“ – das ist es, worum es beim Christsein geht. Im Gebet immer wieder Kraft zu bekommen, sich immer wieder von Gott Orientierung geben zu lassen, das ist die Basis. Im Tun des Gerechten, sowohl im persönlichen als auch im öffentlichen Leben die Liebe Gottes auszustrahlen, die sich uns im Beten immer wieder von Neuem erschließt – darin bewährt sich der Glaube. Und im Warten auf Gottes Zeit mit der Erfahrung von Tod, Unrecht und Gewalt umzugehen und im vollen Bewusstsein all dieser scheinbaren Dementis der Liebe Gottes aus der Kraft der Hoffnung zu leben – das ist das einmalige Angebot, das der christliche Glaube uns macht.

Deswegen haben wir allen Grund, mit Zuversicht in die Zukunft zu gehen, Zuversicht im Blick auf die Kirche, aber genauso Zuversicht mit Blick auf die Welt. Ja, Christus ist **unser Friede!** Und er ist der Friede der **ganzen Welt.**

¹ Christiane Tietz, Karl Barth. Ein Leben im Widerspruch, München 2018, 214f.

² Gerhard Wegner, Wirksame Kirche. Sozio-theologische Studien, Leipzig 2019, 400.

³ A.a.O. 402.

⁴ Neben dem oben genannten Aufsatz von 1990 zum ersten Golfkrieg, v.a. : Gottes Versöhnung und militärische Gewalt. Zur Friedensethik nach dem Kosovo-Krieg, in: Rudolf Weth (Hg.): Das Kreuz Jesu. Gewalt – Opfer – Sühne, Neukirchen 2001, 209-227; Gerechter Krieg in Afghanistan? Zur aktuellen Diskussion um die Friedensethik, in: evangelische aspekte 3/2002, 23-26.

⁵ Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sein, Insel-Ausgabe IV, 79f.

⁶ Warnung an meine lieben Deutschen, 1531; WA 30 III, 282.

⁷ M. Luther, Ob Kriegersleute seligen Standes sein können.

⁸ <http://www.ecunet.de/fix/dokumente/oid81.-Fr%FChjahr06.pdf>

⁹ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007.